



# Budapestre vonatkozó újságcikkek

Osztályozás

Tárgy

352

Hely

Idő

'1925'

Személy

Helyszám

Szerző:

Cím: Der Abbau der Sektionen des  
Budapester Magistrats

Forrás:

Neues Pester Journal

3n

(Hely)

1925

5.

3.

(Idő)

(Köt. v. füz.)

Közp. nyomt. XX. cs. 23. sz.

## Der Abbau der Sektionen des Budapester Magistrats

### Die Verordnung des Ministers des Innern

Wir haben vergangene Woche bereits berichtet, daß der Minister des Innern noch im Laufe dieser Woche seine auf den Abbau der Magistratssektionen bezughabende Verordnung an den Bürgermeister herabgelangen lassen wird. Der Minister, der einen zehntägigen Urlaub antritt, hat heute vormittag die hierauf bezügliche Verordnung unterschrieben.

Die Verordnung befaßt sich ausführlich mit den verschiedenen Memoranden, die die Hauptstadt in dieser Angelegenheit dem Minister unterbreitet hat. In diesen Unterbreitungen wird darauf hingewiesen, daß ein weiterer Abbau des hauptstädtischen Beamtenstatus die Administration gefährden, ja vollständig unmöglich machen würde. Die Verordnung des Ministers stellt demgegenüber fest, daß das hauptstädtische Beamtenpersonal seit dem Jahre 1911 um mehr als 2300 Köpfe vermehrt wurde und deshalb könne ein weiterer Abbau, der mit der Vereinfachung der Administration in Verbindung steht, nicht vermieden werden.

Im Sinne der Verordnung ist bei der Hauptstadt die dritte Vizebürgermeisterstelle, ferner sind vier Magistratsstellen aufzulassen. Die Art des Abbaues der Magistratssektionen wird in der Verordnung geregelt. Es wären demnach aufzulassen die Sektionen für Stadtbau und Stadtregulierung, die Militär- und Zuständigkeitssektion, die sozialpolitische Sektion und die Verkehrssektion. In der Verordnung wird auch festgesetzt, in welche verbleibenden Sektionen die aufzulassenden Sektionen zu verschmelzen sind. So wird gewünscht, daß die Sektion für Stadtbau und Stadtregulierung in die Sektion für öffentliche Bauten, die Verkehrssektion in die Sektion für Beleuchtung und Wasserwerke, die Militär- und Zuständigkeitssektion mit der Rechtssektion und die sozialpolitische Sektion mit der Wohltätigkeitssektion verschmolzen werden.

Die Verordnung zählt jene Gründe auf, die die Auflassung dieser Sektionen erforderlich machen. Die Auf-

lassung der Militär- und Zuständigkeitssektion sei deshalb notwendig, weil sich dieselbe mit militärischen Angelegenheiten kaum zu befassen hat, nachdem die Rolle der Hauptstadt in Militärangelegenheiten infolge der Reduktion des Landes und der im Gefolge derselben eingetretenen internationalen militärischen Verfügungen untergeordneter Natur geworden ist. Die Verkehrssektion sei deshalb überflüssig geworden, weil die elektrische Straßenbahn ihre Aufgaben in einer separaten Aktiengesellschaft erledigt, wodurch der Wirkungsbereich der Sektion wesentlich abgenommen hat und die übrigen Verkehrsmittel die Aufrechterhaltung dieser Sektion in keiner Weise begründen.

Die Verordnung weist den Bürgermeister an, die dritte Vizebürgermeisterstelle und die vier Magistratsstellen vom Tage der Zustellung der Verordnung an gerechnet in acht Tagen durchzuführen, die Abfertigungsfrage der zum Verlassen ihrer Stelle aufgeforderten unmittelbar zu lösen und dem Minister innerhalb weiterer acht Tage von der erfolgten Durchführung der Verordnung Bericht zu erstatten. Die Verschmelzung der Sektionen und die Entlassung des Vizebürgermeisters und der Magistratsräte ist bis zum 30. Juni d. J. durchzuführen.

Obwohl die Verordnung des Ministers erst heute unterfertigt wurde, ist für die Placierung der in Frage kommenden Beamten bereits Vororge getroffen worden. Nachdem zwei Magistratsratsstellen durch Ableben vakant geworden sind, werden nur zwei Magistratsräte entlassen. Ursprünglich hieß es, daß der jetzige Leiter der Unterrichtssektion Dr. Franz Schöberl und der Leiter

der sozialpolitischen Sektion Dr. Eugen Lobmayer auszuweisen sind, aus dem Dienste der Hauptstadt entlassen zu werden. Infolge höherer Einflüsse wurde jedoch Magistratsrat Dr. Eugen Lobmayer pardonierte und an seiner Stelle wird nun der Name des Leiters der volkswirtschaftlichen Sektion Dr. Viktor Burébl genannt. Wie wir erfahren, hat sich Schöberl auf eine Anfrage hin auch bereit erklärt, seinen Platz zu verlassen, da er sich dessen bewußt ist, daß er nach all seinen Hand-

lungen in der Unterrichtssektion im neu zusammenretenden Municipalausschuß ohnehin nicht werde bestehen können. An seinen Namen knüpfen sich nicht nur die Geschehnisse aus der Zeit, da er die Leitung der Unterrichtssektion übernommen hat, sondern es ist kein Geheimnis, daß sein böser Einfluß als stellvertretender Magistratsrat neben Dr. Eugen Bilahi-Ris in den meisten Fällen zur Gefügung kam.

Der Magistrat hat Herrn Schöberl jedoch sein Scheiden aus den hauptstädtischen Diensten leicht gemacht indem er rechtzeitig für ihn in mehr als entsprechender Weise sorgte. Herr Schöberl, der scheinbar auch ein großes Finanzgenie ist, wird nach seiner Entlassung oder Pensionierung in die Dienste der Budapester Spar- und Marktkasse in der Eigenschaft eines Direktors eintreten. Es ist dies bekanntlich eine Aktiengesellschaft, nachdem jedoch im Besitze der Hauptstadt mehr als 80 Prozent der Aktien dieses Geldinstituts sind, muß sie als hauptstädtische Anstalt betrachtet werden, auf die der Magistrat Einfluß hat und gewiß auf seine Intervention hin Herrn Schöberl diese Stelle zugesprochen wurde.

Nicht als ob wir dem rassenchützlerischen Magistratsrat seine neue Stelle weiden würden, dennoch aber drängt sich hier die Frage auf, wie es kam, daß es dem Magistrat vor fünf Jahren, als Vizebürgermeister Dr. Franz Déri und die Magistratsräte Dr. Géza Kemény und Dr. Emil Vita ohne jeden Grund ihrer Stellungen verlustig gemacht wurden, nicht einfiel, auch für diese unverschuldet entlassenen Oberbeamten in solch väterlicher Weise zu sorgen, wie er dies Herrn Schöberl gegenüber tut, der sich um die Hauptstadt weit weniger Verdienste erworben hat, als die genannten Oberbeamten, ja der Hauptstadt während seines kurzen Wirkens in verantwortlicher Stellung gewiß mehr Schaden zufügte, als die drei genannten Beamten während ihrer langen Dienstzeit zusammengenommen. Der Magistrat wohl daran denkt, daß ihn der neu zusammen tretende Municipalausschuß für diese seine edle Tat zweifellos zur Rechenschaft ziehen wird? Die Zeit muß denn doch einmal aufhören, wo Beamte für politische Dienstleistungen belohnt werden.

Burébl wurde auch die Frage vorgelegt, ob er einwillige, seine Stelle freiwillig zu verlassen. Als Äquivalent hierfür wurde ihm die Stelle eines Generaldirektors der Kreditgenossenschaft der Kleingewerbetreibenden angeboten. Burébl erbat sich Bedenkzeit, wie wir jedoch erfahren, ist er nicht geneigt, freiwillig auf seine Stelle zu verzichten, vielmehr besteht er darauf, der Magistrat möge über sein Schicksal durch Abstimmung entscheiden. Ueberdies soll Burébl den Titel eines Privatdozenten erhalten.

Auch für den dritten Vizebürgermeister Dr. Eugen Zilahi-Ris soll geforgt werden. Für seine Versorgung kommt ein Privatinstitut, das Nationale Kreditinstitut auf, denn es selbstverständlich freisteht, seine Direktoren, denn als solcher soll er dort Platz finden, zu wählen. Wahrscheinlich hofft man bei diesem Geldinstitut, daß die Genialität Zilahi-Ris' das Institut in größeren Schwung bringen wird als dies bisher gelungen ist.